

Antrag

**der Fraktion GRÜNE,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP/DVP**

Putins brutaler und völkerrechtswidriger Angriffskrieg: Die demokratische Ukraine stärken. In Baden-Württemberg entschlossen handeln.

Der Landtag wolle beschließen,

- I. festzustellen,
 1. dass es sich bei dem durch den russischen Präsidenten Putin beauftragten Angriffskrieg gegen die Ukraine um einen völkerrechtswidrigen Akt gegen einen souveränen Staat handelt. Der Landtag von Baden-Württemberg verurteilt diesen Angriff auf das Schärfste und fordert die Russische Föderation zum sofortigen Abzug ihrer Truppen aus dem ukrainischen Staatsgebiet auf;
 2. dass der Landtag die Bemühungen der deutschen Bundesregierung, der Europäischen Union und der internationalen Gemeinschaft um eine unverzügliche Einstellung der militärischen Handlungen Russlands vollumfänglich unterstützt;
 3. dass Präsident Putin mit dem völkerrechtswidrigen Überfall auf die Ukraine die grundlegenden Prinzipien der internationalen Staatengemeinschaft, insbesondere der Wahrung der Menschenrechte und der territorialen Integrität und Souveränität der Staaten, auf das Schwerste verletzt hat;
 4. dass sich der Landtag für die Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Ukraine einsetzt und den Wunsch des ukrainischen Volkes auf eine demokratische und europäische Entwicklung seines Landes sowie die auch vom Europäischen Parlament befürwortete Beitrittsperspektive zur Europäischen Union langfristig unterstützt, wobei kurzfristig umsetzbare Schritte zur Einbindung in Strukturen der Europäischen Union umgehend eingeleitet werden sollen;
 5. dass der Versuch des russischen Präsidenten, Freiheit und Demokratie zurückzudrängen, nicht erfolgreich sein darf;
 6. dass der Landtag die sofortige und vollumfängliche Verhängung von wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland unterstützt;
 7. dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die internationale Staatengemeinschaft aufgerufen sind, den Aggressionen des russischen Präsidenten Putin geschlossen und entschlossen entgegenzutreten;
 8. dass die Bundesrepublik ihren Anteil dazu beiträgt, Sicherheit und Frieden in Europa zu gewährleisten und dazu neben Anstrengungen im Bereich der humanitären Hilfe und der Diplomatie vor allem auch die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr zielgerichtet steigern muss;
 9. dass der Landtag die überwältigende Hilfsbereitschaft der Bevölkerung würdigt und den Demonstrierenden insbesondere auch in Russland für die große Solidarität dankt;

10. dass sich vor dem Hintergrund einer sich abzeichnenden neuen außen- und sicherheitspolitischen Lage in Europa die Verpflichtung ergibt, die Weiterentwicklung der Europäischen Union und ihrer institutionellen Architektur, insbesondere im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, voranzutreiben und Deutschland dabei eine seiner wirtschaftlichen Bedeutung angemessene Rolle auch sicherheitspolitisch einzunehmen hat;

II. die Landesregierung zu ersuchen,

sich im Sinne der getroffenen Feststellungen dafür einzusetzen, dass

1. Baden-Württemberg die im Rahmen der Donaunraumstrategie bestehenden partnerschaftlichen Verbindungen sowie die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit der Ukraine stärken und ausbauen wird;
2. die vielfältigen Verbindungen zur Ukraine im Rahmen von Städtepartnerschaften, Hochschulkooperationen, des wirtschaftlichen Austauschs sowie der zivilgesellschaftlichen Projekte entschlossen vertieft und erweitert werden;
3. das Land und seine Kommunen für die Aufnahme der aus der Ukraine flüchtenden Menschen bereitstehen und unbürokratisch humanitäre Hilfe leisten. Hierfür wird die erfolgte frühzeitige Einrichtung eines Sonderstabs „Flüchtende aus der Ukraine“ durch die Landesregierung, als erste Maßnahme, begrüßt.

08.03.2022

Andreas Schwarz und Fraktion

Hagel und Fraktion

Stoch und Fraktion

Dr. Rülke und Fraktion

Begründung

Allen diplomatischen Bemühungen Deutschlands, der EU, der USA und der Vereinten Nationen zum Trotz hat Russlands Präsident Putin am 24.02.2022 einen militärischen Angriffskrieg auf den souveränen und demokratischen Staat der Ukraine begonnen. Auch die Androhung eines ersten Maßnahmenpakets massiver wirtschaftlicher Sanktionen konnten diesen Angriffskrieg Putins nicht aufhalten. Weitere Sanktionsmaßnahmen mit kurz- und mittelfristigen Auswirkungen wurden nun von der EU auf den Weg gebracht.

Putins Angriffskrieg ist ein aggressiver und eklatanter Bruch des Völkerrechts, den die Fraktionen der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP des Landtags von Baden-Württemberg auf das Schärfste verurteilen. Der Landtag von Baden-Württemberg unterstützt die Bemühungen der deutschen Bundesregierung, der Europäischen Union und der internationalen Gemeinschaft, auf eine unverzügliche Einstellung der militärischen Handlungen hinzuwirken. Gleichzeitig fordert er Präsident Putin dazu auf, seine Truppen vollumfänglich aus der Ukraine abzuziehen und die Grundprinzipien der internationalen Ordnung einzuhalten.